

Inhalt

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!	9
<i>Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen</i>	

I. (De)Gendering Politikwissenschaft

Feministische Forschungspolitiken. Wie können Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der (akademischen) Wissensproduktion adressiert, unterbrochen und transformiert werden?	29
<i>Miriam Friz Trzeciak</i>	
Voting queer? Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland	39
<i>Michael Hunklinger</i>	
Gendering Politikdidaktik und politische Bildung. Stand und Perspektiven einer geschlechterreflexiven politischen Bildung	49
<i>Elia Scaramuzza</i>	
Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse	63
<i>Franziska Martinsen</i>	
Kolonialität, Sex und Demokratietheorie	73
<i>Matti Traußneck</i>	
Politische Männlichkeiten	85
<i>Marion Löffler</i>	
Staat und Geschlecht	97
<i>Gundula Ludwig</i>	

II. Konzeptionelle Perspektiven

Materialistischer Feminismus	109
<i>Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller</i>	

Feministische Politik in more-than-human worlds. Bestandsaufnahme einer Suchbewegung	121
<i>Veronika von Wachter</i>	
Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zu Natur und Umwelt. Feministische Politische Ökologie, Ressourcenpolitik und Queer Ecologies	133
<i>Christine Bauhardt</i>	
Sexualitäten, Queerness und globale Politik	145
<i>Esther Franke</i>	
Widerstand. Kritische Perspektiven auf die Politische Theorie und Ideengeschichte	157
<i>Mareike Gebhardt</i>	

III. Themen- und Politikfelder

Gleichstellungspolitik als politikwissenschaftliche Praxis	171
<i>Clarissa Rudolph</i>	
Antifeminismus und Antigenderismus	181
<i>Simon Fetz</i>	
Umwelt, Ökologie und Klima im Kontext politikwissenschaftlicher Geschlechterforschungen. Diskussionen um Essentialismen, intersektional-postkoloniale Machtverhältnisse und ‚grünes Wachstum‘	193
<i>Christine Löw</i>	
Affektive Sorgebeziehungen außerhalb der heteronormativen Kernfamilie. Ambivalenzen und queere Widerstände	205
<i>Verena Kettner</i>	
Feministische Gewerkschaftsarbeit und transnationale Solidarität. Kampagnen und Netzwerke	219
<i>Ricardo Kaufner</i>	
Der Geschlechtervertrag im Gesellschaftsvertrag	231
<i>Daniela Möller</i>	
Olympe de Gouges und die Neudefinition des vertragstheoretischen Kanons	243
<i>Elisa Orrù</i>	

Das Konzept der Femizide	255
<i>Güneş Koç</i>	
Gendering Common Sense? Feministische Interventionen	265
<i>Henrike Bloemen</i>	

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!

Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen

Zusammenfassung

Obwohl Themen, Fragestellungen und Zugänge der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung eine unveränderte Brisanz und Aktualität besitzen, sind feministische und geschlechtertheoretische Perspektiven innerhalb der Politikwissenschaft bislang eher schwach vertreten. Trotz seiner Relevanz für macht- und herrschaftskritische sowie demokratiethoretische Analysen, aber auch für empirische Fragestellungen und methodische Zugänge, ist das Forschungsfeld *Politik und Geschlecht* mit Rezeptionssperren und Vorbehalten konfrontiert. Die Einleitung würdigt Gründungs- und Grundlagentexte der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung und der feministischen Politikwissenschaft. Sie führt in die geschlechtertheoretischen und -politischen Grundlagen sowie die aktuellen Debatten um erweiterte (queer-feministische, intersektionale und postkoloniale) Perspektiven ein und stellt Konzeption und Zielrichtung des vorliegenden Bandes vor. Verwiesen wird dabei auch auf bestehende (Forschungs-)Lücken und Desiderate. Der Band ist eine erste Auskopplung aus einem längerfristig angelegten *Living Handbook*-Projekt, für das fortlaufend weitere Texte eingeworben werden.

Schlüsselbegriffe

Living Handbook, Einführung, feministische Politikwissenschaft, Gender Studies, politikwissenschaftliche Geschlechterforschung

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (): Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren! In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 9-26. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.pgckjlfmhm.1-g>

1 Ein Blick zurück und in die Zukunft – Zum Stand feministischer Politikwissenschaft

In den letzten 30 Jahren sind im deutschsprachigen Raum verschiedene Grundlagenwerke und Einführungen in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bzw. feministische Politikwissenschaft erschienen. Ihre Anzahl ist jedoch angesichts der unveränderten Brisanz der von ihr behandelten Fragestellungen sowie der ungebrochenen Aktualität geschlechterpolitischer Debatten im politischen Alltag erstaunlich übersichtlich. Geschlecht, Geschlechterordnungen und Geschlechternormen sind – insbesondere in ihren intersektionalen Verstrickungen mit Rassismus, Heteronormativität, Klassenungleichheit, Antisemitismus oder Behinderung – höchst umkämpfte Phänomene, die im Nexus staatlicher und suprastaatlicher Regierungs- und Regulierungsweisen, unterschiedlicher bewegungspolitischer Mobilisierungen (z.B. Frauen*bewegungen, LGBTIQ*-Bewegungen, antifeministischer Bewegungen¹) sowie alltäglicher sozialer Praktiken verhandelt werden. So vergeht derzeit kaum ein Tag ohne eine erhitzte Debatte über geschlechterinklusive bzw. geschlechtergerechte Sprache. Aktuell hat u.a. die bayerische Landesregierung ein Verbot geschlechtersensibler Sprache mit Sonderzeichen in Behörden festgeschrieben und auch in Hessen ist ein ebensolches – wenn auch verfassungswidriges (Lembke 2023) – Verbot gendergerechter Sprache mit Sonderzeichen in der Landesverwaltung und in Abiturprüfungen jüngst in Kraft getreten (Völkner 2024). Die geplante Ablösung des sogenannten Transsexuellengesetzes durch ein (geschlechtliches) Selbstbestimmungsgesetz sowie die damit einhergehenden politischen und medialen Debatten zeugen nicht nur von der Umkämpftheit von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen, sondern auch von der Mobilisierungskraft von Transfeindlichkeit und eines vermeintlichen Verlustes geschlechtlicher Eindeutigkeiten sowie etablierter Geschlechterordnungen (Deutscher Bundestag 2023; Ludwig/Steinsberger 2023 sowie die weiteren Beiträge der Schwerpunktausgabe 2/2023 „Trans*Ungleichzeitigkeiten und Trans*Feminismen“ der Zeitschrift *Femina Politica*). Ebenso wird im Kontext autoritärer, neurechter und rechtspopulistischer Bewegungen und Politikkonzepte mittlerweile auch offensiv eine „maskulinistische Identitätspolitik“ als Antwort auf eine (vermeintliche) „Krise der Männlichkeit“ formuliert (Sauer 2017; Kaiser 2020). Und: Nicht nur Wladimir Putin verhandelt über die Ablehnung von LGBTIQ*-Rechten, nationale Identität und die (imaginären) Grenzen von Ost und West, sondern auch Europäische Staaten konstituieren sich auf der Basis ihrer eigenen Homotoleranz als ‚entwickelt‘, ‚modern‘ und ‚liberal‘ im Gegensatz zum ‚rückständigen‘ Süden/Osten (Klapeer 2020). Globale, lokale und privatisierte Gewaltverhältnisse sind weiterhin auf struktureller, institutioneller, symbolischer

1 Charakteristisch für antifeministische Bewegungen ist ihre politische Gegnerschaft zu gesellschaftspolitischen Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen (vgl. Henninger/Birsl 2020). In einem weiteren Kontext sind sie auch mit den polemischen und pauschalisierenden Debatten um „Cancel Culture“ an den Hochschulen oder mit der Ablehnung postkolonialer Theorien verbunden. Zugleich sind Antifeminismen selbst sowohl mit rassistischen als auch antisemitischen Diskursen verwoben (vgl. Bergold-Caldwell et al. 2021; Schlecht 2021).

und epistemischer Ebene vergeschlechtlicht und werden von queer_feministischen Bewegungen als solche thematisiert (Roth u.a. 2022).

Daher verwundert es bisweilen, wie konsequent und umfassend Rezeptionssperren sowie Vorbehalte gegenüber geschlechtertheoretischen, feministischen und queeren politikwissenschaftlichen Ansätzen in Teilen der Disziplin Politikwissenschaft fortbestehen. Dies zeigt sich u.a. in einer fehlenden systematischen Etablierung von Geschlechterperspektiven in den Lehrinhalten der verschiedenen Teilbereiche des Fachs, in der geringen Anzahl von politikwissenschaftlichen Professuren mit Geschlechterforschungs(teil)denomination sowie der Auslassung entsprechender Zugänge in der grundlegenden politikwissenschaftlichen Einführungsliteratur. Weiterhin gilt, dass im „Mainstream von Forschung und Lehre [...] feministische und geschlechtertheoretische Zugänge [...] eher verhindert als gefördert“ werden (Mauer/Leinius 2021b: 19).

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Marginalisierung feministischer Perspektiven in der Politikwissenschaft verstehen wir diesen Band daher sowohl in (wissenschafts-)politischer Allianz mit als auch in Ergänzung zu bereits erschienenen oder ‚älteren‘ Werken in diesem Feld. Uns geht es dabei nicht um die Produktion einer linearen, fortschrittsoptimistischen Genealogie feministischer Politikwissenschaft, sondern um eine Re-Aktivierung und Fortführung entsprechender (Forschungs-)Debatten – gerade vor dem Hintergrund wichtiger, auch die feministische Politikwissenschaft selbst adressierender Kritiken und Perspektiven aus den Feldern der Queer, Postcolonial und Intersectionality Studies.

Bereits bestehende Einführungswerke in das Themenfeld Politik und Geschlecht sind teilweise als Reader konzipiert, die beispielsweise zentrale englischsprachige (Gründungs-)Texte der feministischen Politikwissenschaft in deutscher Sprache zugänglich machen und einordnen (Appelt/Neyer 1994; Braun u.a. 2000; Kurz-Scherf u.a. 2006; Sauer/Kreisky 1995). Andere bieten einen Überblick über feministische und geschlechtertheoretische Ansätze in der Politikwissenschaft sowie über die verschiedenen Teildisziplinen (Krause 2003; Rudolph 2015). Wiederum andere greifen zentrale Konzepte, aktuelle Fragestellungen und Methoden der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung in Form von systematischen Sammelbänden auf (Bauhardt/Wahl 1999; Harders u. a. 2005; Kreisky/Sauer 1997a; Rosenberger/Sauer 2004). Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie sowohl die analytische Relevanz von Geschlecht für eine fundierte politikwissenschaftliche Analyse aufzeigen als auch die Implikationen und Effekte einer (anhaltenden) Marginalisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen in der Politikwissenschaft problematisieren (vgl. schon Appelt/Neyer 1994). Birgit Sauer und Eva Kreisky sprechen in diesem Zusammenhang von einem „geheimen“ androzentrischen „Glossar“ der Politikwissenschaft, das jedoch mit einem ‚Schleier der Neutralität‘ versehen wird (Kreisky/Sauer 1997a). Demnach wären zentrale Konzepte und Erklärungsmuster aus der Politikwissenschaft an „männlichen Erfahrungen“ orientiert. Hingegen belegt die Abwesenheit oder Unterordnung von Frauen z.B. im Rahmen von „klassischen“ politischen Theorien der Politikwissenschaft der Nachkriegszeit eine Geschlechtsignoranz und Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen in der

Politik (Sauer 2001: 14). Auf diese Weise erscheint die Politikwissenschaft – trotz vielfältig persistenter Androzentrismen – als geschlechtsloses Sujet.

Wie Birgit Sauer festhält, kommt der feministischen Politikwissenschaft daher eine doppelte Aufgabe zu: Erstens die Kritik der Politikwissenschaft und zweitens die Kritik der Politik (Sauer 2012a). In diesem Sinne hat politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zwei Dimensionen: erstens die Theorien, Methoden und Konzepte politikwissenschaftlicher Arbeitsweisen auf ihre geschlechterignoranten Auslassungen und androzentrischen Vorannahmen hin zu befragen und zu transformieren; zweitens eigene Theorien, Methoden und Konzepte zur Analyse von Politik und gesellschaftlichen Geschlechter- und Machtverhältnissen zu entwickeln. Wie diese zwei Aufgaben am besten bewältigt werden sollen und können, wird jedoch auch innerhalb der feministischen Politikwissenschaft, respektive der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung unterschiedlich beantwortet. Spätestens in den 1990er Jahren haben sich daher auch die Perspektiven in diesem Feld ausdifferenziert und pluralisiert (Sauer/Kreisky 1995: 14f.). Die immer noch aktuelle Kritik an der maskulinistischen Prägung der Politikwissenschaft und ihrer Analysen (vgl. exemplarisch: Kreisky/Sauer 1997a; Ludwig 2015; Bargetz/Ludwig 2015; Bargetz u.a. 2017) ist beispielsweise zunehmend um intersektional und postkolonial informierte Kritik an Auslassungen und an der Marginalisierung von Rassismus und Kolonialismus in politikwissenschaftlichen (Geschlechter-)Analysen vertieft worden (vgl. bspw. Dhawan 2014; Kerner 2021; Mauer/Leinius 2021a). Darüber hinaus wurden auf der Basis von queeren und de-/konstruktivistischen Theorien binäre Geschlechterkonzepte problematisiert sowie die analytische Bedeutung von Sexualität und Begehren stärker hervorgehoben (Ludwig/Steinsberger 2023, Ludwig 2015; Klapeer 2014). Zusätzlich ist politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und besonders feministische Politikwissenschaft von gesellschaftlichen Transformationen begleitet und herausgefordert (Kreisky/Sauer 1997b; Sauer 2012b; Nüthen 2024): z.B. von der neoliberalen Vereinnahmung feministischer Kritik, dem Wandel ökonomischer Verhältnisse, den Bedrohungen durch die Klimakrise, den antifeministischen Anfeindungen in der medialen Öffentlichkeit und der Zunahme an rechtspopulistischen und extrem rechten Haltungen und Praxen in Politik und Gesellschaft – gesellschaftspolitische Entwicklungen, die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und feministische Politikwissenschaft selbst wiederum beforschen (Çağlar u.a. 2012; Henninger/Birsl 2020; Wilde/Meyer 2018; Ludwig/Woltersdorff 2018). Wie Kathrin Braun u.a. hervorheben, handelt es sich daher bei feministischer Politikwissenschaft nicht um ein separates Forschungsfeld, sondern um eine kritische Perspektive, die das Fach und die damit verbundenen Forschungs- und Frageperspektiven als Gesamtes im Blick hat (Braun u.a. 2000: 4). Sie ist dabei einerseits Teil des inter- und transdisziplinären Forschungsfeldes der Gender Studies und andererseits explizit disziplinär in der Politikwissenschaft bzw. ihren Teildisziplinen verortet. Insofern wird und wurde wahlweise von feministischer Politikwissenschaft oder auch der politikwissenschaftlichen (Frauen- und) Geschlechterforschung oder Gender Studies gesprochen.

2 Geschlecht als politikwissenschaftliche und politische Kategorie

Grundlegend (nicht nur) für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung sind die Kategorien „Geschlecht“ und „Geschlechterverhältnisse“ bzw. auch „Geschlechterordnungen“, „-normen“ oder „-regime“. Dabei geht das analytische und forschersche Anliegen feministischer Politikwissenschaft deutlich über die alltagsweltlich mit dem Themenbereich verknüpfte Frage nach Repräsentation und Partizipation von Frauen bzw. verschiedener Geschlechter (in Parteien und Parlament) hinaus (vgl. hierzu etwa Abels et al. 2018; Cress 2018). Vielmehr wird nach den Wirkungsweisen von Geschlechter*verhältnissen* auf und in politische(n) Prozesse(n), nach der regulierenden oder gar gewaltvollen Produktivität von Geschlechternormen oder -regimen, nach den politikwissenschaftlichen Konzeptionen und Grundbegriffen sowie nach der Hervorbringung von Geschlecht selbst samt seiner Wechselbeziehungen mit gesellschaftlichen Strukturen und Wissensordnungen sowie der komplexen Machtasymmetrien gefragt (vgl. exemplarisch Sauer 2001: 44ff.). In dieser Perspektive gilt Geschlecht selbst nicht als gegeben, sondern wird mit Blick auf gesellschaftliche Prozesse seiner Hervorbringung und deren Auswirkungen hin befragt. So kann beispielsweise die Bedeutung einer Konzeption von (heterosexueller) Zweigeschlechtlichkeit für koloniale Ausbeutungsverhältnisse analysiert werden oder politische Theorien auf ihre Leerstellen bezüglich „unsichtbarer“ Grundannahmen über geschlechtliche Arbeitsteilung und Sphärentrennungen (öffentlich/privat) hin analysiert werden. Geschlecht als *politische* Kategorie zu begreifen, bedeutet zum einen, dass Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichte Ungleichheiten und Tätigkeiten (wie z.B. Care-Arbeit) nicht als Ausdruck einer natürlichen Ordnung verstanden werden, sondern als gesellschaftlich-historisch hervorgebrachte Relation. Geschlecht wird demnach nicht als binäre, präpolitische oder vorkulturelle Eigenschaft gefasst, auf die politische Strukturen jeweils einwirken; denn politische Verhältnisse, Normen, Strukturen, Institutionen sind in ihrer Gesamtheit selbst Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlicht bzw. vergeschlechtlichend. Zum anderen rückt derart auch die Umkämpftheit der Kategorie als Gegenstand von Politik selbst in den Blick: Die Frage, was jeweils unter Geschlecht verstanden wird, wie sich bestimmte Geschlechternormen in Politiken einschreiben oder von ihnen hervorgebracht werden, ist daher ebenso zentraler Gegenstand politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und ihrer Analysen (Kerner 2011).

Seit über einem Jahrzehnt wird auch in der deutschsprachigen Politikwissenschaft verstärkt darum gerungen, ob und wie Geschlecht in seinen Verwobenheiten und Verstrickungen zu anderen, Macht, Herrschaft und Ungleichheit generierenden Kategorien verstanden werden kann. Vor allem mittels des Begriffs der Intersektionalität (und seltener unter dem Label Diversitätspolitik) wird kontrovers diskutiert und theoretisiert, wie Geschlechterverhältnisse im Bereich des Politischen pluralisiert gedacht werden können und dabei auch Rassismus und/oder Klassenverhältnisse als bedeutsame, das Politische durchdringende Strukturen zu begreifen wären (vgl. etwa Mauer/Leinius 2021a; Sauer 2012c; Kerner 2009; zu

Diversität vgl. Çağlar/Chan de Avila 2021; Smykalla/Vinz 2011). Hieran schließt sich – insbesondere in Auseinandersetzung mit angloamerikanischen Debatten – auch die kritische Frage an, inwiefern sich selbst als kritisch verstehende, intersektionale Forschungsperspektiven zu einer tatsächlichen Transformation der Produktionsbedingungen von Wissen im deutschsprachigen Raum beitragen, oder ob sie vor allem die Form einer rhetorischen Modernisierung annehmen (vgl. bspw. Chebout 2011; Gutiérrez Rodríguez 2011).

3 Was bedeutet es, feministisch zu forschen?

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung ist (meist) mit einem spezifischen feministischen Verständnis von Wissenschaft verbunden, das die soziale Situiertheit und verkörperte Existenz der Forschenden sowie die Verstrickung, oft auch Kompliz*innenschaft, von Wissenschaft mit Macht- und Herrschaftsbeziehungen zum Ausgangspunkt und Gegenstand macht. Wissenschaft, das ist der zentrale Einspruch (nicht nur) in den politikwissenschaftlichen Malestream/Mainstream, ist eben nicht im umfassenden Sinne neutral oder objektiv. Neutralität zu behaupten, dient vielmehr der Verschleierung herrschaftsstabilisierender Interessen, der sozialen und historischen Situiertheit der jeweiligen Forschungsperspektiven und –methodologien sowie dem Negieren von Ausschlüssen bestimmter Körper, Themen oder Erkenntnisformen aus der Wissensproduktion (vgl. u.a. Haraway 1988; Harding 1990). Für die Politikwissenschaft bedeutet dies etwa, dass durch systematische Auslassungen oder Vorannahmen Teilaspekte ihres Gegenstandsbereichs – wie z.B. die vergeschlechtlichte Prägung ihrer Untersuchungsfelder – regelrecht „verheimlicht“ werden (Kreisky/Sauer 1997a). Dies ist besonders anhand der politikwissenschaftlichen Zentralkategorie „Politik“ veranschaulicht worden, indem die Vergeschlechtlichung der für zahlreiche einschlägige ideengeschichtliche und gegenwärtige Politikmodelle konstitutiven Trennung öffentlich/privat aufgezeigt wurde (Kurz-Scherf u.a. 2006; Ludwig 2017; Nüthen 2024). Wird nämlich der (ebenfalls *politisch* eingesetzte) Bereich der sogenannten Privatheit als ‚das Andere‘ der Politik/wissenschaft betrachtet, erscheinen folglich auch die damit verbundenen (Ungleichheits-)Verhältnisse oder sozialen Tätigkeiten (z.B. *private* Familien-, Sorge- und Pflegearbeit) als nicht forschungsrelevant; der Fokus liegt dann ausschließlich auf dem institutionalisierten Politikbereich und somit wird eine geschlechtshierarchische Arbeitsteilung analytisch fortgeschrieben. Mit einer geschlechtertheoretisch informierten Perspektive wird hingegen der Begriff der wissenschaftlichen Objektivität brüchig, der in der Politikwissenschaft faktisch als androzentrisch verengt, aber auch als nicht genügend umfassend kritisiert wird. Wissenschaftliche Gütekriterien werden im Rahmen feministischer (Politik-)Wissenschaft nicht zurückgewiesen, sondern ausdifferenziert und im Sinne einer „strong objectivity“ erweitert (Harding 1990). Eine Reflexion der jeweiligen Entstehungsbedingungen und (Herrschafts-)Kontexte wissenschaftlicher Erkenntnis sowie der Einbeziehung unterschiedlicher, insbesondere vormals marginalisierter Perspektiven, könnte demnach als wesentliches Ziel feministischer Wissenschaft bezeichnet werden, wenngleich auch

hier wiederum umkämpft ist, was dies jeweils im Konkreten bedeutet bzw. *welche* (marginalisierten) Perspektiven auch im Rahmen einer *weiß* oder heteronormativ geprägten feministischen Wissenschaft gehört werden (können). Zugleich führen die Ansinnen einer kritischen, feministischen oder ‚anderen‘ Wissensproduktion vor dem Hintergrund des Strebens nach Teilhabe, Anerkennung und Ressourcen innerhalb der Institution Wissenschaft immer wieder zu einem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Institutionalisierung und deren Bedingungen, die fortwährend politisch erkämpft und verteidigt werden müssen. Eine kritische, feministische Politikwissenschaft ist entsprechend herausgefordert, die Regeln der Akademie mit ihren etablierten (disziplinären) Traditionen anzuerkennen, aber nicht bedingungslos zu akzeptieren (Sauer 2017). Wie insbesondere Auseinandersetzungen um die fach- bzw. hochschulpolitische Bedeutung von Intersektionalität und Postkolonialität gezeigt haben, sind auch sich selbst als kritisch verstehende Lehr- und Forschungszusammenhänge daher in ungleiche Machtverhältnisse verstrickt (Leinius/Mauer 2021: 292; Gutiérrez Rodríguez 2018).

4 Zur (Nicht-)Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung

Die Rezeption geschlechterforscherischer Perspektiven wird für die deutschsprachige Politikwissenschaft als verspätet beschrieben und der politikwissenschaftliche Androzentrismus als weitgehend ungebrochen angesehen (vgl. Kurz-Scherf u.a. 2006). Gefragt wird – im kritischen Bezug auf den Kanon des Faches und seine Leerstellen (Martinsen 2022) – danach, welche Konsequenz die Annahme der sozialen Konstruktion von Geschlecht für Demokratie- und Gesellschaftsanalyse hat (Bauhardt/Wahl 1999: 7). Bis heute lassen sich aus dieser Perspektive Wandlungs- und Beharrungstendenzen in den Geschlechterverhältnissen identifizieren (Rudolph 2015). Die These der sozialen Konstruktion von Geschlecht wird dabei sicherlich in unterschiedlicher Reichweite vorausgesetzt und entsprechend kontrovers verhandelt. Die Diagnose lautet weiterhin: Geschlechterforscherische Ansätze bleiben in der Disziplin randständig (Rudolph 2015: 33). Die Beiträge in diesem Band sollen dabei helfen, sie sichtbarer zu machen und ihre Bedeutung für das Fach Politikwissenschaft zu würdigen.

Birgit Sauer beschrieb die Institutionalisierung von feministischer Politikwissenschaft vor knapp zehn Jahren als „erfolgreich gescheitert“ (Sauer 2015: 127). Sie artikuliert damit, dass politikwissenschaftliche Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum seit ihren Anfängen in den 1970/80er Jahren² zwar einerseits eine Vielzahl an Publikationen, Forschungszusammenhängen und -netzwerken hervorgebracht hat – hierzu gehört auch die

² Auch wenn die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung erst zu Beginn der 1990er Jahre einsetzt, sind in der Lehre, vor allem im Mittelbau und unter den Studierenden, Fragen politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung schon ab den 1970er Jahren relevant (vgl. exemplarisch: Calle und Krämer 2022).